Organ der Zentrums-Partei für den Saarbrücker Kreis

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarbrücken, St. Marcht
Anzeigen-Annahme: Saarbrücken, Bismarckstraße 18
Fernsprecher 82 Postscheck-Konto: Saarbrücken 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten u. Post Mk. 4.60. Bei Zustellung Mk. 4.80. Einzelnummer 0.05 Pf. Deutschland u. Freiheit 0.10 Pf. Ausland 0.10 Pf. Amtliche Anzeigen 0.40 Cts.

Nr. 18. Saarlouis, Samstag, den 23. Januar 1926. 55. Jahrgang.

Die Bilanz der Rückwirkungen.

Die Frage der Besetzung und der Besatzungsstärke. — Die Versprechungen von Locarno nicht erfüllt. — Die Reichsdelegierten noch nicht verschwunden.

Im Zeichen von Locarno.

B. Berlin, 22. Jan. Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete, dessen Vorsitz der Abg. Beyerdörffer führt, nahm zunächst den Bericht des Kanzlerkanzlers über die Rückwirkungen des Verträges von Locarno entgegen. Weiter begrüßte der Ausschuß den neuen Justizminister Marx, der die erste Gelegenheit wahrnahm, um sich als Minister für die besetzten Gebiete zu vorstellen. Im Verlaufe der heiligen Stunde des Ausschusses Minister Marx deutlich den Vorsitzenden und bereits die Sitzung aus, daß er auch hier persönlich den Worte: „Neue Wege suchen qu" Ausdruck verleihen lassen.

Dann nahm Generalkommissar Schmid vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete das Wort. Er erinnerte an die häufigen abgeschlossenen Verhandlungen im Ausschuß und beschränkte es als Aufgabe zu bezeichnen:

1. die Fragen, die mit der Okkupation zusammenhängen;
2. die Frage der Besatzungsbelastungen und Gegenleistungen.

Was die erste Frage betreffe, so sei Deutschland ausgeschaltet darauf hingewiesen worden, diese Fragen im Benehmen mit den Alliiertenkommissionen zu behandeln. Der Anfang sei nunmehr gemacht; natürlich brauchten die Verhandlungen eine gewisse Zeit. Der Redner führte eine Reihe von Vorgängen an, die erkennen ließen, daß die Besatzungskommissionen sich allmählich auf den neuen Geist eingestellt hätten. Genau alte seien nicht mehr angekommen, Verhandlungen nicht mehr verboten worden, das Zollkontrollsystem sei abgebaut und auch nicht durch militärische Delegierte ersetzt. Er erinnerte an die bekannte Ordonnanz 378 und führte die bekannten Erleichterungen auf. Die Gefahr, daß jetzt die Besetzungen der Separatistenbewegung, die Umgestaltung der Militärpolizei und die Abbröckelung der Ordonnanzen. An der Mainung der Kölner Zone sei die Besatzungsstärke nicht zu zweifeln. Die Belegung der zweiten und dritten Zone von Locarno habe 60 000 Mann, einschließlich der Reichsdelegierten Amt 2500 Mann betragen. Die Belegung betrug jetzt 61 500 Mann. Es sind 60 000 Mann Truppen, wozu die Kölner Besatzung kommt, außerdem 7000 Polizei und 3000 Engländer. In diesen 77 000 Mann kommt noch das Heeresgefolge, so daß man die Gesamtstärke auf 81 500 Mann ansetzen könne. Diese geringe Stärkeminderung erkläre sich aber dadurch, daß der Besatzungsstärke die Belegung auf die Normalstärke herabgesetzen, die 1924 50 000 Mann betrug. In diesem Punkte sehen wir also die von den Gegnern gegebenen Versprechungen nicht erfüllt an und ebenso als nicht erfüllt müssen wir die Zusage bezüglich der Vermehrung der Besatzungsorte ansehen, die bisher lediglich auf 149 vermehrt worden sind.

Wir Generalsekretäre sind fortgesetzt verwundert acht in der besetzten, zum in der besetzenden einzelnen und wir in der französischen Zone. Dem französischen Oberkommandos ist ausgeschlossen worden, daß zum 3. Mittel eine Reduzierung der französischen Armee um etwa 500 Mann, also auf 75 000 Mann oder umgekehrt mit den Reichsrat Rest auf 75 500 Mann. Weitergehende Forderungen dürfen nun Direktoriumsmitglieder nicht mehr aufgefordert werden, sondern nur noch mit Genehmigung der Oberkommandos. Ebenso soll bis zum 1. April die Zahl der Gendarmen auf 4% herabgesetzt werden.

Weg, 1. Oktober 1925 (?) hoch hier Bemerkt darüber, daß die Reichsbesatzungen noch nicht vollständig verzichtet haben. Ein neues Kreuz für die Bevölkerung seien die neuen französischen Kontrollen, die neulich unerlaubt eingeführt worden. Außerdem gehen die Kontrollen der Gendarmen so fleißig ein, am Grenzübergang Wadern, wo die Paßkontrolle wieder wieder Ordonnanz 378 wieder vorgesehen. In vielen Orten seien neue weitere Erhöhungen, oder keine Ermäßigungen eingetreten. Die Zusammenkunft von Adenauer für militärische Zwecke sei gerade in diesen Grenzgebieten besonders verabscheuenswert, die Bevölkerung sehnt sich nach Ruhe und Freiheit, wird durch die Ueberschwemmung eines Reichs von Bestimmungen außerordentlich gereizten sei.

Regierungskrise und Zentrum.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die letzte Regierungskrise wie überhaupt die ganze Politik seit der Revolution ist in hervorragendem Maße gekennzeichnet einerseits durch das Streben der Rechten, der jede Gesetzgebung willkommen ist, die Demokratie und das parlamentarische Parlamentarismus darzu um, andererseits durch den Mangel an politischer Verantwortlichkeit von seiten einiger Parteien.

Die Republik hat bei diesen Gefahren eine stete Wirkung und hochherzigen Mäßigung der radikalen Opposition behandelt. Dadurch hat sie aber weder diese Gefahr zu bannen vermocht, noch gelang ihr Macht zu ihren verfassungsmäßigen Zwecken, die Kraft erhielt an ihre wunderbare Aufgabe heran, Kraftbewußtsein und der wieder Ordnung der Dinge, entstehung gegen alles Republikanische zu kämpfen. Mit dem offenen Zweifel der Widerstand haben sie alles tritte Erfahrungen gemacht, so daß Kapp-Putsch, Ruhr und Mitteldeutschland, Sachsen und Bayern, gegenüber Zentrum und Wählern der Republik Schwierigkeiten zu bereiten. Mit einer konsequenten Demagogie verfolgen die Deutschnationalen ihre Politik Von Fall bis Fall, Sachsen, Bayern und Ruhr gegen abgetreten, in begegnenden neuen Zeiten hält sie der Gegenzug jetzen, um ihre Parteigenossen zu verfeinern und zu zeigen die Republik von innen zu unterzuhöhlen. Die Gefahr, die unter Umständen heute nach Locarno bereit gemessen, wächst in die Regierung eingetreten. In den rechtsstehenden Parteien Mangel an mit einigem Geschick und Geschick zu spielen. Und die Deutschen Volksparteien zählen. Es ist die notwendige Dilemma der Deutschnationalen. Wenn sich bei diesen eine Mäßigung in ihrer Politik kund käme, Sachsen, Bayern und Ruhr gegen Preußen verwirfen. Der Waffenstillstand, der neue Kriegs- und Not man gerne.

Nun wird erwartet es sich mit den Jugoslawien republikanischen Parteien. In den alten Koalitionsparteien dies die Parteien nur sehr geringen Einfluß auf die Führung und Regierung der Politik. Die Sozialdemokraten kamen und gingen, man wußte nicht, wann und wie. In der Politik war ein Feiner Kreis um die Politik des Herrn Stresemann entstanden, der schon 1924 in die Regierung die Parteien nötig; unabhängig von ihm konnte sie nicht regieren. Wie oft waren gesetzt es, kein Parlament tun wollte Gesetze, die Stresemann verlangte, Stresemann kam zu Fall zu Fall im Parlament gebildet. Der Partei, die von bestimmenden Einfluß war, wurde eine große aber nicht großer Fehler, eingeschlossen. Zu Fehler Politik in der Wirtschaftspolitik auf die grundsätzliche Politik Einfluß bekommen. Es ist schon eine Bemerkung. In Frankreich Politik geht bei von der Partei, deren Mandatsziffer aus Parlament die neunzehnte Opposition eingestellt war. Die sozialistische Partei konnte demnach ihr Programm mit Hilfe unterstützen Forderungen aufstellen, Herr Millerand Forderungen machen, die auf dieser Welt nicht durchzuführen sind. Um die Unvereinbarkeit solch sinnloser Forderungen klarzumachen sich zu zeigen, einerlei ob man es hält, Forderungen aufgestellen ohne Verantwortung wie von dem Kriege, oder andererseits sinnlose Forderungen, die die Jahrhundertlang gewachsen sind, wie die Unmöglichkeit, die Forderungen des Programms zu verwirklichen, hat großer Teile Herr Wirtschaftsministers Hermann Müller, die in Frankreich geschehen. Es ist es erklärlich, daß die politische Kraft aus einer Partei, die Gegner Oppositionsstellung verharrt, um die politischen Notwendigkeiten anderen zu überlassen und ihre Wähler durch Versprechungen und Hoffnungen bei der Stange zu halten. So wie die Bestrebungen im Deutschnationalen Schwimmen, hat man nicht den Eindruck, als ob die Demokraten aktiv mit Politik Stellung nehmen wollen.

In diese Parteiverhältnissen ist die Zentrumspartei gestellt. Ohne Zweifel hat sie alle die Jahre hindurch eine klare, konsequente, verantwortliche Richtung eingenommen. Zum Zwange der Not gekommen, hat das Zentrum den Friedensvertrag zustimmt, um den Frieden des Reiches zu verhalten. Aus den Zwange heraus, möglichst bald aus den Nöten der Revolution herauszukommen, war es in hervorragendem Maße an der Schaffung der Weimarer Verfassung beteiligt und hat dadurch Deutschland wieder in die Gemeinschaft der Kulturvollen Wege gebracht. Um zur Verfassung hat es sich gleichzeitig für

die Republik zu nehmen gedacht, um das Ziel der Gesetzgebung des deutschen Wirtschaftslebens zu erreichen. Für diese Kurzverfassung erkennt das Kabinett die Bildung des Reichsrates.

*

In der gesetzgeben Sitzung hat Reichsrat wurde Kommission gebildet, um einen einheitlichen Wortlaut über Wiederbildung der Reichsregierung. Darin wird die Zusammensetzung der neuen Regierung dem Reichsrat mitgeteilt. Reichskanzler Dr. Luther ist dann bei der Verhandlung im Reichsratsausschuß auch mit der Wahrscheinlichkeit der Ernennung der Reichsministerien und Landwirtschaft und Industrieminister Marx mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt worden.

Interfraktionelle Besprechungen.

Deutschnationale Mißtrauensantrag gegen die neue Regierung? — Die Reichsregierung „im Amt".

Sämtliche Fraktionen des Reichstages treten gestern nachmittag zu Fraktionssitzungen zusammen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschäftigte sich mit der Frage, ob sie sich der neuen Regierung gegenüber verhalten soll. Wie man hört, hat die Mehrheit der Fraktion auf dem Standpunkt, daß eine Mißtrauensantrag gegen die neue Regierung eingebracht werden soll. Außerdem nahm die Fraktion weiter schwer gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Stellung. Die demokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich mit der Frage der Fraktionsführung, die zwischen Dr. Dietrich und Dr. Petersen bei den Gemeinschaftsbesprechungen erörtert. In der Fraktion der Deutschen Volkspartei wurde über die Frage der Presidentenwahl gesprochen; die Wirtschaftliche Vereinigung hat politische Stellung zur neuen Regierung. Sie will, wie sie schon neulich bekundet hat, sich der neuen Regierung gegenüber abwartend verhalten, und erklärte, sie stehe zu dieser Regierung in tadelnder, aber nicht in grundsätzlicher Opposition und behalte sich ihre Entscheidung vor.

Im Amt.

Die Reichskanzlei teilt mit, daß die Reichsregierung „im Amt" ist.

Die ersten Kabinettssitzungen.

Der Primat der Außenpolitik. — Deutschnationales Mißtrauensvotum. — Wirtschaft und Zentrum. — Ein Dementi.

Das Hauptgewicht auf die Außenpolitik gelegt.

Das zweite Kabinett Luther trat gestern nachmittag um 5.30 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Vorsitz führte Reichskanzler Dr. Luther. Der Sitzung waren sämtliche Reichsminister erschienen. Der Reichskanzler begrüßte zunächst aufs warmste den neuen Justizminister und bat ihn, seinen Wirkungskreis für ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit. Er wurde sich besonders der Reichsminister Dr. Stresemann, Marx und Dr. Curtius, Reichsfinanzminister Marx bat er, auch die Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete zu führen. Dr. Luther wird ihn zur endgültigen Besetzung mit einem Staatssekretär bestimmen. Im Reichsministerium für die Ernährung und Landwirtschaft verwalten Noch keinen kommissarischen Ersatzer des Reichsministers einige Angelegenheiten, die in das Gebiet der Wirtschaftspolitik fallen. Mit der Fortsetzung der Regierungserklärung beschäftigt sich das Kabinett in seiner gestrigen Sitzung noch nicht, jedoch nahm der Reichskanzler noch Gelegenheit, mit einigen Pressevertretern sich über die Rückwirkungen des neuen Kabinettes zu unterhalten. Namentlich mit Reichsinnenminister Dr. Reichsrat, der ein neuentwurfen in Berlin eingetroffen war, hat sich Dr. Luther über das Programm seiner künftigen Innenpolitik verständigt.

Ihre genauere Formulierung der Kanzlererklärung wird das Kabinett nach einer Pause in nächster Woche in einer erneuten Sitzung Stellung nehmen. Wie mir hören, hat Dr. Luther nicht die Absicht, eine umfangreiche Erklärung über das Programm des neuen Kabinetts vor den Parlamenten abzugeben. Er wird sich in ausführlicher und die nächsten Aufgaben der Außenpolitik, wie sie die Durchführung des Vertrages von Locarno notwendig macht, beschäftigen und wird mit einigen Worten auf die deutsch-Handelspolitik zu sprechen kommen. Ueber die innerpolitischen Fragen dürfte er sich nur kurz äußern. Es dürfte allerdings, daß er sich ausführlich auch in den finanz- und sozialpolitischen Notwendigkeiten zu äußern gedenkt, um das Ziel der Gesetzgebung des deutschen Wirtschaftslebens zu erreichen. Für diese Kurzverfassung erkennt das Kabinett die Bildung des Reichsrates.

*

In der gestrigen Sitzung des Reichsrats wurde Kommission gebildet, um einen einheitlichen Wortlaut über Wiederbildung der Reichsregierung. Darin wird die Zusammensetzung der neuen Regierung dem Reichsrat mitgeteilt. Reichskanzler Dr. Luther ist dann bei der Verhandlung im Reichsratsausschuß auch mit der Wahrscheinlichkeit der Ernennung der Reichsministerien und Landwirtschaft und Industrieminister Marx mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt worden.

Regierungskrise und Zentrum.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die letzte Regierungskrise wie überhaupt die ganze Politik seit der Revolution ist in hervorragendem Maße gekennzeichnet einerseits durch das Streben der Rechten, der jede Gesetzgebung willkommen ist, die Demokratie und das parlamentarische Parlamentarismus darzu um, andererseits durch den Mangel an politischer Verantwortlichkeit von seiten einiger Parteien.

Die Republik hat bei diesen Gefahren eine stete Wirkung und hochherzigen Mäßigung der radikalen Opposition behandelt. Dadurch hat sie aber weder diese Gefahr zu bannen vermocht, noch gelang ihr Macht zu ihren verfassungsmäßigen Zwecken, die Kraft erhielt an ihre wunderbare Aufgabe heran, Kraftbewußtsein und der wieder Ordnung der Dinge, entstehung gegen alles Republikanische zu kämpfen. Mit dem offenen Zweifel der Widerstand haben sie alles tritte Erfahrungen gemacht, so daß Kapp-Putsch, Ruhr und Mitteldeutschland, Sachsen und Bayern, gegenüber Zentrum und Wählern der Republik Schwierigkeiten zu bereiten. Mit einer konsequenten Demagogie verfolgen die Deutschnationalen ihre Politik Von Fall bis Fall, Sachsen, Bayern und Ruhr gegen abgetreten, in begegnenden neuen Zeiten hält sie der Gegenzug jetzen, um ihre Parteigenossen zu verfeinern und zu zeigen die Republik von innen zu unterhöhlen. Die Gefahr, die unter Umständen heute nach Locarno bereit gemessen, wächst in die Regierung eingetreten. In den rechtsstehenden Parteien Mangel an mit einigem Geschick und Geschick zu spielen. Und die Deutschen Volksparteien zählen. Es ist die notwendige Dilemma der Deutschnationalen. Wenn sich bei diesen eine Mäßigung in ihrer Politik kund käme, Sachsen, Bayern und Ruhr gegen Preußen verwirfen. Der Waffenstillstand, der neue Kriegs- und Not man gerne.

Nun wird erwartet es sich mit den Jugoslawien republikanischen Parteien. In den alten Koalitionsparteien dies die Parteien nur sehr geringen Einfluß auf die Führung und Regierung der Politik. Die Sozialdemokraten kamen und gingen, man wußte nicht, wann und wie. In der Politik war ein Feiner Kreis um die Politik des Herrn Stresemann entstanden, der schon 1924 in die Regierung die Parteien nötig; unabhängig von ihm konnte sie nicht regieren. Wie oft waren gesetzt es, kein Parlament tun wollte Gesetze, die Stresemann verlangte, Stresemann kam zu Fall zu Fall im Parlament gebildet. Der Partei, die von bestimmenden Einfluß war, wurde eine große aber nicht großer Fehler, eingeschlossen. Zu Fehler Politik in der Wirtschaftspolitik auf die grundsätzliche Politik Einfluß bekommen. Es ist schon eine Bemerkung. In Frankreich Politik geht bei von der Partei, deren Mandatsziffer aus Parlament die neunzehnte Opposition eingestellt war. Die sozialistische Partei konnte demnach ihr Programm mit Hilfe unterstützen Forderungen aufstellen, Herr Millerand Forderungen machen, die auf dieser Welt nicht durchzuführen sind. Um die Unvereinbarkeit solch sinnloser Forderungen klarzumachen sich zu zeigen, einerlei ob man es hält, Forderungen aufgestellen ohne Verantwortung wie von dem Kriege, oder andererseits sinnlose Forderungen, die die Jahrhundertlang gewachsen sind, wie die Unmöglichkeit, die Forderungen des Programms zu verwirklichen, hat großer Teile Herr Wirtschaftsministers Hermann Müller, die in Frankreich geschehen. Es ist es erklärlich, daß die politische Kraft aus einer Partei, die Gegner Oppositionsstellung verharrt, um die politischen Notwendigkeiten anderen zu überlassen und ihre Wähler durch Versprechungen und Hoffnungen bei der Stange zu halten. So wie die Bestrebungen im Deutschnationalen Schwimmen, hat man nicht den Eindruck, als ob die Demokraten aktiv mit Politik Stellung nehmen wollen.

In diese Parteiverhältnissen ist die Zentrumspartei gestellt. Ohne Zweifel hat sie alle die Jahre hindurch eine klare, konsequente, verantwortliche Richtung eingenommen. Zum Zwange der Not gekommen, hat das Zentrum den Friedensvertrag zustimmt, um den Frieden des Reiches zu verhalten. Aus den Zwange heraus, möglichst bald aus den Nöten der Revolution herauszukommen, war es in hervorragendem Maße an der Schaffung der Weimarer Verfassung beteiligt und hat dadurch Deutschland wieder in die Gemeinschaft der Kulturvollen Wege gebracht. Um zur Verfassung hat es sich gleichzeitig für

DESPAT ADOL. LOEL